

Der Volksstaat

Abonnementspreis:
für Preußen incl. Stempelsteuer 17 Sgr., für die übrigen Deutschen Staaten 12 1/2 Sgr. pro Quartal, pro Monat 4 1/2 Sgr.
Für Leipzig und Umgegend pro Quartal 13 Sgr.
Fällige Expeditionen für die vereinigte Staaten:
R. A. Sorge,
Box 101 Hoboken, N. J. via New York.
G. A. Bunneder,
155 W. Lake Chicago (Ill.)

Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und Buchbindungen des In- und Auslandes an.
Für Leipzig nehmen Bestellungen an:
die Expedition, Hübnerstraße 4.
die Genossenschafts-Verlagsanstalt, Zeigerstraße 44.
Bebel, Peterstraße 18.
Müller, Bayerstraße 8b, III.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Nr. 103.

Mittwoch, 25. Dezember.

1872.

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. Januar 1873 beginnt ein neues Abonnement auf den „Volksstaat“. Wir ersuchen die verehrlichen Leser, das Abonnement auf das Blatt sofort erneuern zu wollen, damit keine Unterbrechung in der Zusendung eintritt.

Der Preis des Blattes ist wie bisher per Quartal 12 1/2 Ngr. wozu in Preußen noch der Zuschlag für den Zeitungstempel kommt — bei wöchentlichem zweimaligem Erscheinen.

Kreuzbandsendungen für Deutschland und Oesterreich kosten für 1 Exemplar per Quartal 25 Ngr., für die Schweiz 1 Thlr., für Frankreich, Belgien, England u. 1 Thlr. 8 Ngr. Zahlung pränumerando.

Parteigenossen!

In wenig Tagen beginnt ein neues Quartal zum Abonnement auf den „Volksstaat“. Wir erwarten bestimmt, ja wir verlangen, daß Jeder von Euch eine ganze Kraft einsetze, dem Hauptorgan der Partei neue Abonnenten zuzuführen.

In den beiden letzten Quartalen hat das Parteiorgan nur 700 neue Abonnenten gewonnen — ein Resultat, das keineswegs ein befriedigendes zu nennen ist im Verhältnis zu der stetig um sich greifenden Arbeiterbewegung.

Jeder von Euch muß es für seine erste und vornehmste Pflicht ansehen, jede Gelegenheit zu benutzen, um die Verbreitung des Parteiorgans zu fördern. Keine Versammlung, kein Fest, keine Zusammenkunft darf statthaben, ohne daß neue Abonnenten gewonnen werden. In jeder Fabrik, in jeder Werkstatt muß unablässig für neue Verbreitung agitirt werden. Wer das vernachlässigt, der vernachlässigt seine Pflicht, er ist kein wahrer und ganzer Parteigenosse.

Wir verlernen nicht, daß die Existenz von 5 Partei-Pokalblättern in Deutschland die Kräfte eines großen Theils der Genossen in Anspruch nimmt und der Verbreitung des Hauptorgans Abbruch thun muß. Allein mehr konnte und mußte für den „Volksstaat“ gethan werden, als bis jetzt geschah. Unbeschadet der Existenz der Pokalblätter muß der „Volksstaat“ an Abonnenten rascher zu nehmen, als es im letzten Quartal der Fall gewesen ist. Hier trägt allein die Schuld der Mangel an Agitation, an ununterbrochener, ausdauernder Agitation.

Parteigenossen, auf, und holt nach, was Ihr versäumt habt! Egt nicht müßig die Hände in den Schooß; das ist einer Arbeiterpartei unwürdig. Seht, wie die Verfolgungen gegen uns immer mehr zunehmen; laßt Euch das eine Mahnung sein, nicht zu ruhen und zu rasten.

Wir müssen vorwärts, rasch vorwärts kommen. Der Kampf gegen die Ausbeutung und Unterdrückung in jeder Form ist unsere Aufgabe, unser Lebenselement. Führer und Vorkämpfer in diesem Kampfe, das Banner, um das wir uns scharen müssen, ist unser Parteiorgan.

Steh hinter ihm Mann an Mann. Arbeiter, kämpft, ermattet nicht in Euren Bemühungen. Thut mit einem Wort alle Eure Schuldigkeit.

Die Redaktion und Expedition des „Volksstaat“.

Der Generalrath der Internationalen Arbeiter-Assoziation

in alle Föderationen, Sektionen, Comites und Mitglieder der Internationalen Arbeiterassoziation in Deutschland.

Mitarbeiter!
Der Generalrath der Internationalen Arbeiterassoziation fordert Euch auf, ihm baldigst die Namen derjenigen Personen zu beisteuern, welche Euer Amt, Beschäftigung, Alter u. s. w.) mittheilen, welche Ihr mit Vollmachten des Generalraths bekleidet zu sehen wünscht, sowie Bemerkungen und Empfehlungen über das von diesen Bevollmächtigten einzuschlagende Verfahren und die denselben zu ertheilenden Instruktionen. Der Generalrath erwartet Eure Antwort auf dem kürzesten und sichersten Wege (siehe das vertrauliche Circular vom 27. Oktober), den Ihr zu finden wissen werdet. Aber um nach allen Seiten gesichert zu gehen und um die verlangte Auskunft authentisch zu machen, so Ihr aufgefordert, eine genaue Abschrift Eurer Antwort auf diese gegenwärtige Mittheilung an den früheren korrespondirenden Sekretäre für Deutschland nach London zu senden.
New-York, den 1. Dez. 1872.

Brüderlichen Gruß
Im Auftrag und Namen des Generalraths
R. A. Sorge, Gen.-Sekretär,
Box 101, Hoboken, N. J. via New-York.

Wie die Bourgeoisie die Wohnungsfrage löst.

Von Friedrich Engels.

In dem Artikel über die proudhonische Lösung der Wohnungsfrage wurde gezeigt, wie sehr das Kleinbürgertum bei dieser Frage direkt interessiert ist. Aber auch das Großbürgertum hat ein sehr bedeutendes, wenn auch indirektes Interesse daran. Die moderne Naturwissenschaft hat nachgewiesen, daß die sogenannten

„schlechten Viertel“, in denen die Arbeiter zusammen gedrängt sind, die Brutstätten aller jener Seuchen bilden, die von Zeit zu Zeit unsere Städte heimsuchen. Cholera, Typhus und typhoide Fieber, Blattern und andere verheerende Krankheiten verbreiten in der verpesteten Luft und dem vergifteten Wasser dieser Arbeiter- und Arbeiterinnenviertel ihre Keime; sie sterben dort fast nie aus, entwickeln sich, sobald die Umstände es gestatten, zu epidemischen Seuchen, und dringen dann auch über ihre Brutstätten hinaus, in die luftigen und gesunden, von den Herren Kapitalisten bewohnten Stadttheile. Die Kapitalistenherrschaft kann nicht ungestraft sich das Vergnügen erlauben, epidemische Krankheiten unter der Arbeiterklasse zu erzeugen; die Folgen fallen auf sie selbst zurück, und der Würgengel wüthet unter den Kapitalisten ebenso rücksichtslos wie unter den Arbeitern.

Sobald dies einmal wissenschaftlich festgestellt war, entbrannten die menschenfreundlichen Bourgeois in eblem Wettstreit für die Gesundheit ihrer Arbeiter. Gesellschaften wurden gestiftet, Bücher geschrieben, Vorschläge entworfen, Gesetze debattirt und dekretirt, um die Quellen der immer wiederkehrenden Seuchen zu verstopfen. Die Wohnungsverhältnisse der Arbeiter wurden untersucht und Versuche gemacht, den schreiendsten Uebelständen abzuhelfen. Namentlich in England, wo die meisten großen Städte bestanden und daher das Fieber den Großbürgern am heftigsten auf die Nügel brannte, wurde eine große Thätigkeit entwickelt; Regierungskommissionen wurden ernannt, um die Gesundheitsverhältnisse der arbeitenden Klasse zu untersuchen; ihre Berichte, durch Genauigkeit, Vollständigkeit und Unparteilichkeit vor allen kontinentalen Quellen sich rühmlich auszeichnend, lieferten die Grundlagen zu neuen, mehr oder weniger scharf eingreifenden Gesetzen. So unvollkommen diese Gesetze auch sind, so übertreffen sie doch unendlich Alles, was bisher auf dem Kontinente in dieser Richtung geschehen. Und trotzdem erzeugt die kapitalistische Gesellschaftsordnung die Mißstände, um deren Kur es sich handelt, immer wieder mit solcher Nothwendigkeit, daß selbst in England die Kur kaum einen einzigen Schritt vorgeückt ist.

Deutschland brauchte, wie gewöhnlich, eine weit längere Zeit, bis die, auch hier chronisch bestehenden Seuchenquellen zu denjenigen alten Höhe sich entwickelten, die nothwendig war, um das schlaftrüge Großbürgertum aufzurütteln. Indes, wer langsam geht, geht sicher, und so entstand auch bei uns schließlich eine bürgerliche Literatur der öffentlichen Gesundheit und der Wohnungsfrage, ein wässeriger Auszug ihrer ausländischen, namentlich englischen, Vorgänger, dem man durch vollständige, weibehellose Phrasen den Schein höherer Auffassung anschwand. Zu dieser Literatur gehört: „Dr. Emil Sax, die Wohnungsfrage der arbeitenden Klassen und ihre Reform“, Wien 1869.

Ich greife, um die bürgerliche Behandlung der Wohnungsfrage darzulegen, dies Buch nur deswegen heraus, weil es den Versuch macht, die bürgerliche Literatur über den Gegenstand möglichst zusammenzufassen. Und eine solche Literatur ist es, die unserem Verfasser als „Quelle“ dient! Von den englischen Parlamentsberichten, den wirklichen Hauptquellen, werden nur drei der allerältesten mit Namen genannt; das ganze Buch beweist, daß der Verfasser nie auch nur Einen davon angesehen hat; dagegen wird uns eine ganze Reihe von gemeinplätzig bürgerlichen, wohlmeinend spießbürgerlichen, und heuchlerisch philanthropischen Schriften vorgeführt; Dugèstian, Roberts, Holt, Huber, die Verhandlungen der englischen Sozialwissenschafts- (oder vielmehr Kohl-) Kongresse, die Zeitschrift des Vereins für das Wohl der arbeitenden Klassen in Preußen, der österreichische amtliche Bericht über die Pariser Weltausstellung, die amtlichen bonapartistischen Berichte über dieselbe, die illustrierte Pöndoner Zeitung, „Heber Land und Meer“, und endlich „eine anerkannte Autorität“, einen Mann von „scharfsinniger, praktischer Auffassung“, von „überzeugender Eindringlichkeit der Rede“, nämlich — Julius Faucher! Es fehlt in dieser Quellenliste nur noch die „Gartenlaube“, der „Kladderadatsch“ und der „Fästler Kutschke“.

Damit über den Standpunkt des Herrn Sax kein Mißverständnis aufkommen könne, erklärt er, Seite 22: „Wir bezeichnen mit Sozialökonomie die Volkswirtschaftslehre in ihrer Anwendung auf die sozialen Fragen, genauer ausgedrückt, den Inbegriff der Mittel und Wege, welche uns diese Wissenschaft bietet, auf Grund ihrer „ehernen“ Gesetze innerhalb des Rahmens der gegenwärtig herrschenden Gesellschaftsordnung, die sogenannten (1) besitzlosen Klassen auf das Niveau der Besitzlosen emporzuheben.“ Wir gehen nicht ein auf die konjunktive Vorstellung, daß die „Volkswirtschaftslehre“ oder politische Ökonomie sich überhaupt mit andern als „sozialen“ Fragen beschäftige. Wir gehen gleich auf den Hauptpunkt los. Dr. Sax verlangt die „ehernen Gesetze“ der bürgerlichen Ökonomie, der „Rahmen der gegenwärtig herrschenden Gesellschaftsordnung“, mit andern Worten, die kapitalistische Produktionsweise soll unverändert bestehen bleiben, und doch sollen die „sogenannten besitzlosen Klassen auf das Niveau der Besitzlosen“ emporgehoben werden. Nun ist es aber eine unumgängliche Voraussetzung der kapitalistischen Produktionsweise, daß eine nicht sogenannte, sondern wirkliche besitzlose Klasse vorhanden ist, die eben Nichts zu verkaufen hat als ihre Arbeitskraft, und die daher auch gezwungen ist, den industriellen Kapitalisten diese Arbeitskraft zu verkaufen. Die Aufgabe der von Herrn Sax erfundenen neuen Wissenschaft der Sozialökonomie besteht also darin: die Mittel und Wege zu finden, wie innerhalb eines Gesellschaftszustandes, der begründet ist auf den Gegensatz von Kapitalisten, Inhabern aller Rohmaterialien, Produktionsinstrumente und Lebensmittel einerseits, und von besitzlosen Lohnarbeitern, die nur ihre Arbeitskraft und weiter Nichts ihr Eigen nennen andererseits, wie innerhalb dieses Gesellschaftszustandes alle Lohnarbeiter in Kapitalisten verwandelt werden können, ohne

aufzuhören Lohnarbeiter zu sein. Herr Sax meint diese Frage gelöst zu haben. Vielleicht wird er so gut sein, uns zu zeigen, wie man alle Soldaten der französischen Armee, von denen ja seit dem alten Napoleon Jeder seinen Marschallstab im Tornister trägt, in Feldmarschälle verwandeln kann, ohne daß sie aufhören, gemeine Soldaten zu sein. Oder wie man es fertig bringt, alle 40 Millionen Unterthanen des deutschen Reichs zu deutschen Kaisern zu machen.

Es ist das Wesen des bürgerlichen Sozialismus, die Grundlage aller Uebel der heutigen Gesellschaft aufrecht zu erhalten, und gleichzeitig diese Uebel abzuschaffen zu wollen. Die bürgerlichen Sozialisten wollen, wie schon das kommunistische Manifest sagt, „den sozialen Mißständen abhelfen, um den Bestand der bürgerlichen Gesellschaft zu sichern“, sie wollen „die Bourgeoisie ohne das Proletariat“. Wir haben gesehen, daß Herr Sax die Frage genau ebenso stellt. Ihre Lösung findet er in der Lösung der Wohnungsfrage; er ist der Ansicht, daß „durch Verbesserung der Wohnungen der arbeitenden Klassen dem geschäderten leiblichen und geistigen Gend mit Erfolg abzuhelfen und dadurch — durch umfassende Verbesserung der Wohnungsverhältnisse allein — der überwiegende Theil dieser Klassen aus dem Sumpf ihrer oft kaum menschenwürdigen Existenz zu den reinen Höhen materiellen und geistigen Wohlstandes emporzuheben wäre.“ (Seite 14.) Nebenbei bemerkt, liegt es im Interesse der Bourgeoisie, die Existenz eines durch die bürgerlichen Produktionsverhältnisse geschaffenen und deren Fortbestand bedingenden Proletariats zu verhindern. Daher erzählt uns Herr Sax, Seite 21, daß unter arbeitenden Klassen alle „unbemittelten Gesellschaftsklassen“, „keine Leute überhaupt, als Handwerker, Witwen, Pensionisten (!), subalterne Beamte u. s. w.“ neben den eigentlichen Arbeitern zu verstehen sind. Der Bourgeoisozialismus reicht dem Kleinbürgerlichen die Hand.

Woher kommt nun die Wohnungsnoth? Wie entstand sie? Herr Sax darf als guter Bourgeois nicht wissen, daß sie ein nothwendiges Erguß der bürgerlichen Gesellschaftsform ist; daß eine Gesellschaft nicht ohne Wohnungsnoth bestehen kann, in der die große arbeitende Masse auf Arbeitslohn, also auf die zu ihrer Existenz und Fortpflanzung nothwendige Summe von Lebensmitteln, ausschließlich angewiesen ist; in der fortwährend neue Verbesserungen der Maschinen u. s. w. Massen von Arbeitern außer Arbeit setzen; in der der beständige, regelmäßig wiederkehrende industrielle Schwankungen einerseits das Vorhandensein einer zahlreichen Reservearmee von unbeschäftigten Arbeitern bedingen, andererseits zeitweilig die große Masse der Arbeiter arbeitslos auf die Straße treiben; in der die Arbeiter massenhaft in den großen Städten zusammengedrängt werden, und zwar rascher als unter den bestehenden Verhältnissen Wohnungen für sie entstehen; in der also für die infamsten Schweineställe sich immer Niether finden müssen; in der endlich der Hausbesitzer, in seiner Eigenschaft als Kapitalist, nicht nur das Recht, sondern vermöge der Konkurrenz, auch gewissermaßen die Pflicht hat, aus seinem Hauseigentum rücksichtslos die höchsten Miethpreise herauszuschlagen. In einer solchen Gesellschaft ist die Wohnungsnoth kein Zufall, sie ist eine nothwendige Institution, sie kann mit samt ihren Rückwirkungen auf die Gesundheit u. s. w. nur beseitigt werden, wenn die ganze Gesellschaftsordnung, der sie entspringt, von Grund aus umgewälzt wird. Das aber darf der Bourgeoisozialismus nicht wissen. Er darf sich die Wohnungsnoth nicht aus den Verhältnissen erklären. Es bleibt ihm also kein anderes Mittel übrig, als sie mit moralischen Phrasen aus der Schlechtigkeit der Menschen zu erklären, sozusagen aus der Erb- fünde.

„Und da ist nicht zu verkennen — und folglich nicht zu leugnen (fähner Schluß!) — daß die Schuld... einestheils an den Arbeitern selbst liegt, den Wohnungsbegehrenden, andern und zwar weit größeren Theils aber an denjenigen, welche die Befriedigung des Bedürfnisses übernehmen, oder, obwohl sie über die erforderlichen Mittel gebieten, auch nicht übernehmen, an den besitzenden, höheren Gesellschaftsklassen. Die Schuld auf Seiten der letzteren... besteht darin, daß sie es sich nicht angelegen sein lassen, für ausreichendes Angebot guter Wohnungen zu sorgen.“

Wie Proudhon uns aus der Ökonomie in die Jurisprudenz, so versetzt und hier unser Bourgeoisozialist aus der Ökonomie in die Moral. Und nicht ist natürlicher. Wer die kapitalistische Produktionsweise, die „ehernen Gesetze“ der heutigen bürgerlichen Gesellschaft, für unantastbar erklärt, und doch ihre mißliebigen, aber nothwendigen Folgen abschaffen will, dem bleibt nichts übrig als den Kapitalisten Moralpredigten zu halten, Moralpredigten, deren Nützlichkeit sofort wieder durch das Privatinteresse und nöthigen Falls durch die Konkurrenz, in Dunst aufgelöst wird. Diese Moralpredigten gleichen genau denen der Henne am Rande des Teichs, auf dem ihre ausgebrüteten Enten lustig herumschwimmen. Die Enten gehen aufs Wasser, obwohl es keine Balken, und die Kapitalisten stürzen sich auf den Profit, obwohl er kein Gemüth hat. „In Geldsachen hört die Gemüthlichkeit auf“, sagte schon der alte Hansjann, der das besser kannte als Herr Sax.

„Die guten Wohnungen sehen so hoch im Preise, daß es dem größten Theil der Arbeiter ganz und gar unmöglich ist, davon Gebrauch zu machen. Das große Kapital... hält sich von den Wohnungen für die arbeitenden Klassen scheinbar zurück... so fallen denn diese Klassen mit ihrem Wohnungsbedürfnisse zum größten Theil der Spekulation anheim.“ Abscheuliche Spekulation — das große Kapital spekulirt natürlich nie! Aber es ist nicht der böse Wille, es ist nur die Unwissenheit, die das große Kapital verhindert in Arbeiterhäusern zu spekuliren: „Die Hausbesitzer wissen gar nicht, welche große und wichtige Rolle eine normale Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses... spielt, sie wissen nicht, was sie den Leuten thun wenn sie ihnen, wie die Regel, so unverantwortlich schlechte, schädliche Wohnungen anbieten, und sie wissen endlich nicht wie sie sich selbst damit schaden.“ (Seite 27.)

Die Unwissenheit der Kapitalisten bedarf aber der Unwissenheit der Arbeiter, um mit ihr die Wohnungsnoth zu erzeugen. Nachdem Herr Say zugegeben, daß die „alleruntersten Schichten“ der Arbeiter „um nicht ganz obdachlos zu bleiben, wo und wie immer ein Nachtlager zu finden bemüht“ (!) und in dieser Beziehung völlig wehr- und hilflos sind“, erzählt er uns: „Denn es ist eine allbekannte Thatsache, wie viele unter ihnen (den Arbeitern) aus Leichtsinne, vorwiegend aber aus Unwissenheit, ihrem Körper die Bedingungen naturgemäßer Entwicklung und gesunder Existenz, fast möchte man sagen, mit Virtuosität, entziehen, indem sie von einer rationellen Gesundheitspflege, insbesondere aber davon, welche enorme Bedeutung der Wohnung in dieser zukommt, nicht den mindesten Begriff haben.“ (Seite 27.)

Nun aber kommt das bürgerliche Ekelohr heraus. Während bei den Kapitalisten die „Schuld“ sich in Unwissenheit verflüchtigt, ist bei den Arbeitern die Unwissenheit nur der Anlaß zur Schuld. Man höre: „So kommt es (nämlich durch die Unwissenheit), daß sie sich, wenn sie nur etwas an der Miete ersparen, in dunkle, feuchte, unzureichende, kurz allen Anforderungen der Hygiene Hohn sprechende Wohnungen ziehn... daß oft mehrere Familien in eine einzige Wohnung, ja, ein einziges Zimmer sich zusammen miethen — Alles, um möglichst wenig für die Wohnung auszugeben, während sie daneben auf Trunk und allerlei eitle Vergnügungen ihre Einkommen in wahrhaft sündhaft Weise verschleudern.“ Das Geld, das die Arbeiter „auf Branntwein und Tabak verschwenden“ (Seite 28), das „Wirthshausleben mit all seinen beslagenwerthen Folgen, das wie ein Bleigewicht den Arbeiterstand immer wieder in den Schlamm hinabzieht“, liegt Herrn Say in der That wie ein Bleigewicht im Magen. Daß unter den gegebenen Verhältnissen die Trunksucht unter den Arbeitern ein notwendiges Produkt ihrer Lebenslage ist, ebenso notwendig wie Tophus, Verbrennen, Ungeziefer, Gerichtsdollzieher und andere gesellschaftliche Krankheiten, so notwendig, daß man die Durchschnittszahl der der Trunksucht Verfallenden vorher berechnen kann, das darf Herr Say wieder nicht wissen. Uebrigens sagte schon mein alter Elementarlehrer: „Die Gemeinen gehen in das Fuschhaus und die Vornehmen gehen in den Klub.“ und da ich in Beiden gewesen bin, kann ich die Richtigkeit bezeugen.

Das ganze Gerede von der „Unwissenheit“ beider Theile läuft hinaus auf die alten Redensarten von der Harmonie der Interessen von Kapital und Arbeit. Wenn die Kapitalisten ihr wahres Interesse kennen, würden sie den Arbeitern gute Wohnungen liefern und sie überhaupt besser stellen; und wenn die Arbeiter ihr wahres Interesse verstünden, würden sie nicht streiken, nicht Sozialdemokratie treiben, nicht politisiren, sondern hübsch ihren Vorgesetzten, den Kapitalisten, folgen. Leider finden beide Theile ihre Interessen ganz wo anders als in den Predigten des Herrn Say und seiner zahllosen Vorgänger. Das Evangelium von der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit ist nun schon an die fünfzig Jahre gepredigt worden; die bürgerliche Philanthropie hat es sich schweres Geld kosten lassen, diese Harmonie durch Musteranstalten zu beweisen; und wie wir später sehen werden, sind wir heute grade so weit wie vor fünfzig Jahren.

(Schluß des Art. I in nächster Nr.)

Ueber Atheismus und Theismus.

Von J. P.

(Schluß.)

Die Zweckmäßigkeit, die im Universum herrschen soll — die die Willen des Vaters vom Dache fallen läßt — hat von jeder zur Annahme eines Gottes, Welt-Erhalters geführt. Ist wirklich eine solche Zweckmäßigkeit in der Welt vorhanden, wie die Gott-Gläubigen es finden? Nein! Sie selbst, von Jugend auf an die Unzweckmäßigkeiten und Widersprüchlichkeiten der Natur so gewöhnt, daß sie, blind gegen dieselben, eine Zweckmäßigkeit und Vorsehung in das Schaffen der Natur hineinlügen, welche nirgends bestehen als in ihrem besangenen Gehirn.

Wo das Secirmesser der Vernunft den teleologischen Weltplan untersucht, da muß jeder Zweckmäßigkeits-Begriff als eine Chimäre entweichen, und wir sehen, daß Alles nach unabänderlichen Gesetzen — nicht fragend, ob ganz, in der üppigsten Vegetation stehende, mit lebenden Wesen bewohnte Erdtheile dabei zu Grunde gehen — sich selbst regiert.

Weshalb, fragen wir — wenn doch alles so zweckmäßig sein soll — müssen wir, „die Herren der Schöpfung“, uns im Sommer gegen die Hitze, im Winter gegen die Kälte schützen? „Ja“, sagt ihr, „die Vegetation muß diese Abwechselung haben.“ Muß? Aber wenn doch ein so weiser vorsehender Schöpfer da ist, weshalb hat er es nicht so eingerichtet, daß die Vegetation bei mittler, und angenehmer Temperatur wachse und blühe? Weshalb läßt er seine „Ebenbilder“ bald vor Kälte erstarren, bald bei tropischer Hitze verschmachten?

Wo bleibt diese Zweckmäßigkeit, wenn in Jahren des Mißwachses Tausende dem Hungertode verfallen? Weshalb hat sie die weise Vorsehung erschaffen, wenn diese nicht im Stande ist, ihre Geschöpfe zu ernähren?

Alle Gründe, die für einen teleologischen Weltplan vorgebracht werden, sind unhaltbar; die Unzweckmäßigkeiten, die herrschen, sind, wie gesagt, dadurch, daß wir von Jugend auf an dieselben gewöhnt, für uns nicht mehr in dem Grade fühlbar, wie sie thatsächlich vorhanden, aber von einer objektiven Zweckmäßigkeit kann keine Rede sein. Im Plane der Welt ist für den Unbefangenen kein zweckmäßig ordnendes Wesen zu erkennen; das Weltall weist nirgends auf ein solches, am allerwenigsten auf einen „Gott“, der die Welt um des Menschen Willen geschaffen hätte. Alles folgt unabänderlich einmal gegebenen Gesetzen mit eiserner Nothwendigkeit.

Das Wachsthum eines in fruchtbare Erde gelegten Samenkorns ist, wenn die zum Wachsen erforderlichen Kräfte (Regen, Sonnenschein) vorhanden sind, ein unbedingtes Muß; und keine Macht ist im Stande, dieses Wachsen zu hindern; aber ebenso wenig ist eine Macht im Stande, es zu fördern, wenn die zum Wachsthum erforderlichen Faktoren mangeln.

Allerdings ist uns die Art und Weise des Entstehens, der letzte Grund allen Werdens und Vergehens gänzlich fremd und unbekannt. Aber dies Nichterkennen des letzten Grundes kann uns nie und nimmer berechtigen, unser Nichtwissen zu verleugnen und mit düntelhaftem Selbstbewußtsein „Gott“ an die Stelle, wo unseres Wissens Grenze ist, als wirkende und treibende Kraft zu setzen.

Leibniz sagt: „Das eine Ding hat seinen Grund in einem anderen, der jetzige Zustand in einem früheren, aber das andere Ding und der frühere Zustand haben wieder in einem andern noch früheren ihren Grund, so daß man auf diese Weise niemals zu einem Grunde gelangt, der nicht selbst wieder einer Begründung

bedürfte. Daraus folgt, daß der vollkommene Grund nicht in diesem Einzel-Wesen, sondern in der allgemeinen Ursache zu suchen ist, aus welcher der frühere und gegenwärtige Zustand unmittelbar hervorgeht, nämlich einem allgemeinen intelligenten Urheber, welcher die Ursache von der Existenz der Welt ist und den Grund seines Daseins in sich selber hat.“

Leibniz' Schluß auf einen „intelligenten Urheber“ — man könnte gerade so gut auf ein beliebiges anderes Wesen schließen — ist eine jener willkürlichen Hypothesen, an denen die speculative Philosophie und Theologie so reich sind, mit denen aber nichts bewiesen ist. Es ist gar nicht einzusehen, weshalb so gut wie der „intelligente Urheber“ den Grund seines Daseins in sich selbst haben soll, das „Ding“, der „unintelligente Stoff“, die „Materie“ nicht auch den Grund seines Daseins in sich selbst haben kann, was am Ende doch viel natürlicher und begreiflicher ist, da selbst mit der Annahme eines Gottes wir über die letzten Gründe um Nichts klarer werden. Das berühmte Buch „Systeme de la nature“ sagt treffend, es ist undenkbar, wie ein unmaterielles Wesen auf ein materielles einwirken könne, da es doch keine Berührungspunkte unter ihnen gäbe.

Alle Weltanschauungen, welche von einem Gott, Erschaffer, Erhalter u. dergl., sind inhaltsleere, über die Gränze unseres Erfahrungs- und Anschauungsvermögens sich erhebende Spekulationen. Die verschiedenen Nebenläufer der Gottesidee, — denn der abstrakte Gottesglaube ist es nicht allein, der die sonderbarsten Ausgebirten menschlicher Phantasie hervorbrachte — alle Irwege menschlicher Vernunft auf diesem Gebiete nur zu erwähnen, ist hier unmöglich. Sie halten sich alle, wenn nicht an einen persönlichen Gott, so doch an eine „göttliche Substanz“, „Weltgeist“, „Weltseele“ u. dergl.; und beruhen auf denselben spekulativen Hypothesen wie der abstrakte Gottesglaube.

Um den Idealtheismus eines Hegel oder Schelling zu verstehen, muß man erst verlernt haben, daß $2 \text{ mal } 2 = 4$ ist. Hier muß man jeden Funken gesunder Vernunft bei Seite lassen, um an dem philosophischen Anspin dieser modernen Propheten Geschmack zu finden. Ich sehe hier zwei von den, wie wir scheinen will, verständlicheren Stellen her, wenn von einem Verstehen überhaupt die Rede sein kann; ich für meinen Theil gestehe es bekümmert ein, daß sie mir unergreifliche Drafel geblieben sind. Der große Hegel sagt: „Der Sinn der Erhebung des Geistes ist, daß der Welt zwar Sein zukomme, das aber nur Schein ist, das wahre Sein nur Gott ist. Nur die Nichtigkeit des Seins der Welt ist das Band der Erhebung, so daß das Vermittelnde verschwindet.“ An einer Stelle, wo Schelling das „Absolute“ erklärt, heißt es wörtlich: „Das Absolute ist reine, d. h. von Subjektivität und Objektivität unabhängige Identität, ist sich selbst Stoff und Form, Subjekt und Objekt, und weder das Eine noch das Andere seiend, führt sie sich für sich selbst und durch sich selbst in beide als die gleiche Absolutheit.“ Jedes erklärende Wort ist hier überflüssig. Was nicht Subjekt und nicht Objekt ist, das bleibt, trotz der spekulativen Hochsprünge des Herrn Schelling, ein Nichts, das Schelling zur Abwechslung einmal das „Absolute“ nennt.

— „Ein Keel, der spekulirt,

„Ist wie ein Thier, auf darrer Heide,
„Von einem bösen Geist im Kreise herum geführt,
„Und rings umher liegt schöne grüne Weide.“

(Göthe's Faust.)

Wissenschaftliche, durch die Erfahrung begründete, Wahrheiten genügen derartigen Leuten nicht; sie spekuliren über Dinge, die in ihrem hochmüthig überschraubten Gehirn entstanden, und beweisen alsdann dieselben, als ob sie objektiv vorhanden wären; so das „Dasein Gottes“, so die „Unsterblichkeit der Seele“; sie sehen nicht, oder wollen es nicht einsehen, daß unseren Sinnen Gränzen gesteckt sind, die nicht überschritten werden können, daß unsere Wissenschaft an die Erfahrung gebunden ist.

Ueber die Entstehung und Erhaltung des Universums im Allgemeinen, sowie der einzeln in ihm erscheinenden Wesen können wir nun einmal nichts Bestimmtes wissen. Trotz der riesigen Fortschritte der Naturwissenschaften sind wir über die „letzten Gründe“ noch um Nichts klarer als zu Aristoteles' Zeiten; es sind immer nur die Gesetze des Stoffwechsels, denen die Materie unterworfen ist. Und was sie — die Naturwissenschaft — auch zum Nutzen der Menschheit zu Tage gefördert, mit dem letzten „Warum“ plagt sich wol kein vernünftiger Forscher ab; dies wird immer als unbekanntes X stehen bleiben müssen. Hier werden Burmeister's schöne Worte immer wahr bleiben: „Sei also wie du sein mußt, erster ältester Tag des Lebens: wir haben kein Auge mehr, dich zu erkennen, keinen Sinn, dich zu begreifen, und darum auch keine Feder, dich deiner Natur nach zu beschreiben.“

Die Welt der Theisten (selbstverständlich im weitesten Sinne genommen; ich hätte vielleicht besser Idealisten gesagt) ist falsch, ihre Logik verkehrt. Weil wir die „letzten Gründe“ bis jetzt nicht erforscht, dieselben vielleicht niemals kennen lernen werden, deshalb sollten wir zu einer Dichtung greifen? Nein, wir gestehen offen ein, daß wir vieles nicht wissen, wir lassen unsere Weltanschauung lieber als Fragment stehen, als daß wir sie mit einer Unwahrheit vollendeten. Es gibt keinen Gott, und wir brauchen keinen; der Krebschaden, den die Menschheit Jahrtausende lang mit herumtrug, der ihr die besten Säfte auszog, muß geheilt werden; der Gottesglaube hat Dpfer genug gefodert. Es ist kein Fleck auf Erden, den die Gläubigen „im Namen Gottes“ nicht mit Blut getränkt hätten. Von den Kriegen der Israeliten mit Amalek bis zu den Kreuzzügen, bis zur Bartholomäusnacht trieb jede Zeile der Geschichte vom Blut Derr, die dem „Gott der Liebe“ geschlachtet wurden. Doch dies sind nur die historischen Dpfer des Gottesglaubens. Ich sage nur, denn die Dpfer des Individuums überschreiten die geschichtlichen ins millionenfache. Wo der Gottesglaube in die Brust eines Menschen geklaut, da liegt der Geist in stetem Kampf mit dem Körper, seinem Träger. Daß der Gottesglaube eine Beruhigung des Gewissens sei, ist eine jesuitische Lehre. Diese Art Beruhigung des Gewissens bedingt völlige Erstickung seelischen Empfindens und vernünftigen Denkens; denn ehe der Mensch gegen jedes natürliche Gefühl abgestumpft, ehe er zur süßlosen Rumie geworden ist, kann von einer Gewissensruhe keine Rede sein. Bis er zur vollständig willen- und empfindungslosen Maschine geworden ist, wird er sich fortwährend mit Vorwürfen über die abernfsten Dinge abmartern und geißeln. Und ist dann das große Ziel erreicht, ist aus dem empfänglichen, genußfähigen Menschen ein gegen Schmerz und Freude kaltes, jeden Genuß verabschwendendes Wesen gemacht, dann hält auch der Glaube, der so viel versprochen, sein Wort nicht; er kann es nicht halten, er lügt. Die versprochenen Freuden sie bleiben fern, denn die Sinneswerkzeuge, die einzigen Empfindungsorgane, sind abgestumpft, fast abgetödtet, und können weder für Schmerz, noch für Freude empfänglich sein. Wo Einer an Gott glaubt, dort ist ein Golgatha; dort wird Einer gekreuzigt.

Man macht dem Atheismus den Vorwurf, daß er den Menschen

zum Thiere stempelt; gut, wir verzichten auf euere Gottähnlichkeit wir wissen, daß der Unterschied zwischen Mensch und Thier nur ein gradueller ist. Doch was hat der Glaube aus euch gemacht? Er hat euch in eine Zwangsjacke geschnürt, die euch jede freie Bewegung raubt. Die Laster und Verbrechen, an denen unsere Zeit so sehr krank, deren Grund man von gewisser Seite her immer und immer wieder im Unglauben sucht und sie demselben so gerne in die Schuhe schiebt, können nur durch eine gründliche naturwissenschaftliche Belehrung geheilt werden, aber nicht mit Traktätlein und frommen Sprüchen. Die Natur droht Jedem, der sich an ihren Gesetzen veründigt, mit schrecklicheren Strafen als Höllequal und ewige Verdammniß!

Eine Tugend, die geübt wird, ohne auf zukünftigen Lohn zu hoffen, mit dem Bewußtsein persönlicher Vernichtung, ist jedenfalls reiner und werthvoller als eine solche, die für jeden Groschen, den sie an Arme schenkt, einen Wechsel auf die Ewigkeit ausstellt.

In freierlicher Beziehung ist Nichts so dazu angethan, die wahren Menschenrechte zu verkümmern, als ein genaues Kennen der Natur; die es mit unauslöschlicher Flamme in schrift geschrieben hat, daß jedes ihrer Geschöpfe mit seinem Entstehen ein gleiches Anrecht auf alle erreichbaren Genuße erworben hat, daß Keiner berechtigt ist, die Rechte seines Nebenmenschen zu schmälern. Auf den gebeugten, zu Gott stehenden Völkern, die im Jenseits ihr Heil suchten und das Diesseits vernachlässigten, lastete von jeher der blutfaugende Despotismus, es sei hier nur an Philipp II. und Katharina von Medicis erinnert. Despotismus und Theismus gingen immer Hand in Hand. „Die Lügnerin, gebunden von Despoten.“ (Resignation Schillers.)

Mit dem letzten Theisten wird auch der letzte Sklave frei werden. Die Zukunft muß dem Atheismus gehören, nur in ihm ist das Heil für die Menschheit, die ihre guten Rechte so lange für einen Wahn verschacherte, zu finden.

Politische Uebersicht.

Fürst Bismarck hat die Präsidentschaft des preussischen Ministeriums aufgegeben, und bleibt bloß preussischer Minister des Auswärtigen. Natürlich berührt diese Titelveränderung nicht den Reichskanzler Bismarck. Der ganze Unterschied ist bloß, daß der Reichskanzler Bismarck jetzt unter dem Namen: auswärtiger Minister, anstatt Ministerpräsident den preussischen Staat regiert. Das Verhältnis des preussischen Staats und des sogenannten deutschen Reichs ist unverändert, was es von Anfang an war: der deutsche Reichskanzler, welcher ein preussischer Junker ist, wird — so lange er Macht hat, dafür zu sorgen wissen, daß das deutsche Reich eine Domäne der preussischen Junker bleibt.

Wohin wir kommen würden, wenn die Preßgesetzgebung des deutschen Reichs in preussische Hände gelangte: Dem Redakten und Verleger der „Demokratischen Zeitung“, Lübeck, ist wegen wiederholter „Majestätsbeleidigung“ durch das Kammergericht (das Stadtgericht hatte ihn freigesprochen), außer einer viereljährigen Gefängnißstrafe auch noch das Verbot des Verlags rechts zuerkannt worden. In Sachsen ist eine solche Ungehörlichkeit jetzt unmöglich, weil das sächsische Preßgesetz von 1871 das Verbot des Gewerbebetriebs nicht kennt. Ja, noch mehr: die sächsische Regierung selbst hat, als sie das neue Preßgesetz der Kammern vorlegte, erklärt, das Verbot des Gewerbebetriebs, welches im alten Preßgesetz noch war, müsse billigerweise auf Grund der allgemeinen Tendenz der norddeutschen Gewerbeordnung vom Juni 1869 wegfallen und diese Ansicht fand in keiner der beiden Kammern Widerspruch (siehe die Bearbeitung des sächsischen Preßgesetzes von 1870 durch den Polizeiausschuß in der Hofbergischen Handausgabe sächsischer Gesetze; das ganze Buch wäre ausgezeichnet, wenn das Gesetz ebenso gut wäre wie der Kommentar dazu von Bausch). In Preußen also sehr sich das Kammergericht nicht an die Gewerbeordnung. Zwar sagt § 143 der Gewerbeordnung, Absatz 3: „Es bewendet bei den Vorschriften der Landesgesetzgebung, welche die Entziehung der Befugnisse zum selbstständigen Betriebe eines Gewerbes durch richterliches Erkenntnis als Strafe im Falle einer durch die Presse begangenen Zuwiderhandlung vorsehen oder zulassen.“ Allein Absatz 1 dieses § beginnt so: „Die Berechtigung zum Gewerbebetrieb kann, abgesehen von Konfessionentzuehungen und den in diesem Gesetze gestatteten Unterlagungen des Gewerbebetriebs (§ 15, Absatz 2 und § 35) weder durch richterliche noch administrative Entscheidung entzogen werden.“ Und die hier zitierten § 15, Absatz 1 sowie § 35 lauten so: 1) § 15, Absatz 2: „Die Fortsetzung des Betriebs kann polizeilich verhindert werden, wenn ein Gewerbe zu dessen Beginn eine besondere Genehmigung erforderlich ist (sicherheitgefährliche industrielle Anlagen (§ 16 u. ff.), medizinisches Gewerbe, Schiffsahrt, Schauspielunternehmer (§ 23 u. ff.)), ohne diese Genehmigung begonnen wird.“ 2) § 35: „Die Ertheilung von Tanz-, Turn- und Schwimmunterricht als Gewerbe darf denjenigen unterlag werden, welche wegen Vergehen gegen die Sittlichkeit bestraft sind. Der Handel mit gebrauchten Kleidern, gebrauchten Betten oder gebrauchter Wäsche, der Kleinhandel mit altem Metallgeräth oder Metallbruch (Trödel) oder mit Garnatfällen oder Säumen von Seide, Wolle, Baumwolle oder Leinen, ferner das Geschäft eines Pfandleihers kann demjenigen unterlag werden, welcher wegen aus Gewinnsucht begangener Vergehen oder Verbrechen gegen das Eigenthum bestraft ist.“ (Ebenso verhält sich mit dem „Gesinde-Bermiether“.) Das sind die im § 143 angezogenen § 15 Abs. 2 und § 35.

Es leuchtet ein, daß der Gesetzgeber selbst die Entziehung des literarischen Gewerbebetriebes von Reichswegen zwar nicht beiführen wollen, auch nicht den Muth hatte, den alten Landesgesetzgebungen ihr trauriges Privilegium zu unterlagern. Ein halbwegs vernünftige Landesgesetzgebung müßte nun, nach dem § 143 Abs. 1, allen andere Gewerbe (außer dem literarischen) ziemlich freigegeben hat, auch jenes in die allgemeinen Rechte ein treten lassen. Die sächsische Preßgesetzgebung hat dieser Billigkeit forderung wenigstens theilweise (d. h. indem sie die Cautions- und das Verbot der Gewerbebetriebe in Preßsachen abschaffte) nach gegeben; in Preußen dagegen denkt man noch gar nicht daran. Man würde vielmehr, wenn die Preßgesetzgebung Reichs- sache würde, Sachen auch noch um das Bischofen Liberationsrecht, das in dessen Preßgesetz von 1870 steht; man würde die reaktionären Bestimmungen des sächsischen Preßgesetzes — wie der Artikel 22 (der, auch wenn der Redakteur nachweist, daß er das Inkriminirte nicht gelesen, dennoch eine hohe Geldstrafe verhängt, für den Fall daß der Redakteur den Verfasser nicht namhaft macht) — in Preußen in das Reichsgesetz aufnehmen und die liberale Paragrafen verwerfen. Wir bekämen mit einem Wort, wenn das Preßgesetz Reichs- sache würde, die schlechteste Preßgesetzgebung, welche je die Welt gesehen hat. Denn die ganze nationalliberale Partei des Reichstags zusammen huldigt hinsichtlich der Pr

gesetzgebung bei Weitem nicht so „liberalen“ Anschauungen, wie selbst die konservativen Partikularisten der sächsischen ersten Ständekammer.

In welcher frevelhafter Weise die Bourgeoisie mit dem Leben der Arbeiter spielt, das zeigen die Berichte der Dampfsektionenkommissionen. Nach dem in der letzten Generalversammlung des Magdeburger Vereins für Dampfsektorbetrieb erstatteten Bericht, hat es sich bei dem Oktober 1871 bis zum März 1872 vorgenommenen Dampfsektionenrevisionen ergeben, daß 48 Prozent, also nahezu die Hälfte, der sämtlichen Anlagen, wesentliche Fehler hatten, und daß bei 30 Prozent sogar offenkundige, gefährliche Konstruktionswidrigkeiten vorlagen. Nach einer Bekanntmachung desselben Vereins vom 6. Juni 1872 wurden im Monat Mai d. J. ferner 54 Kessel revidiert; es ergaben sich dabei 2 gefährlich korrodiert, 8 beschädigt und reparaturbedürftig, 4 undicht durch zu schwache Lagerung, 1 zu schwach konstruiert und bei 7 wurden ungesegelte Anordnungen vorgefunden. In der Generalversammlung des Sächsisch-Anhaltischen Vereins vom 29. Juni 1871 referierte der Ingenieur, daß er bei den seit dem 1. Januar 1871 vorgenommenen Revisionen ermittelt habe: Konstruktionsfehler an dem Kessel und der Garnitur bei 277 Kesseln, Schäden an den Kesseln und der Einmauerung bei 28 Kesseln, Schäden bei der Garnitur 98 Kesseln, Mängel in der Betriebsführung bei 76 Kesseln. Der Ingenieur des Mannheimer Dampfsektorenvereins hatte im Jahre 1869 735 Revisionen vorgenommen; hierbei fanden sich vor: Konstruktionsfehler in 145 Fällen, Fehler oder Vernachlässigung bei dem Betriebe in 151 Fällen, Mängel an der Garnitur in 273 Fällen, defekte Stellen an dem Kessel oder Mauerwerk in 87 Fällen. — Wenn man bedenkt, daß der geringste Fehler an einem Dampfsektor das Leben von Tausenden von Arbeitern gefährdet, so kann man in der That keinen Ausdruck finden, der stark genug ist, die Gewissenlosigkeit der Herren Fabrikanten und ihrer Helfershelfer gebührend zu brandmarken.

Preßkorruption. In einer Polemik mit der Wiener „Neuen Freien Presse“ schreibt der Berner „Bund“: „Es liegen uns zwei Nummern der „Destreichischen finanziellen Revue“ vor, in welchen dargestellt wird, was die schwindelhafte Türkenloosemission die Anglobank gekostet hat, und wie man in Destreich die öffentliche Meinung macht. Darnach haben einzig in der Stadt Wien nicht weniger als 73 Zeitungen jeder Richtung und Schattierung, die namentlich aufgeführt sind, Schweigegelder oder Gelder für Reklamartikel entgegengenommen, die horrend sind. Um nur die wichtigsten zu nennen, erscheinen in der „Beihilfungsliste“ das „Tagblatt“ mit 32,000 fl., die „Neue Freie Presse“ und „Presse“ mit je 25,000 fl., die „Vorstadt-Zeitung“ mit 16,000 fl., die „Montags-Revue“ und das „Freundenblatt“ mit je 12,000 fl., die „Tagespresse“ mit 10,000 und die „Deutsche Zeitung“ mit 800 fl. als bestochen und verkauft für einen erbärmlichen Schwindel. Die „Destreichische finanzielle Revue“ war erbötig, den Beweis für die Richtigkeit ihrer Angaben selbst vor den Gerichten zu erbringen; aber Niemand wagte, ihr entgegen zu treten.“ So weit der Berner „Bund“. Die Wiener Presse ist weder besser noch schlechter, als die Presse anderer Orte. Ab uno disce omnes. Von der einen Probe können wir auf den Rest schließen.

Die englische Landarbeiterbewegung geht riesig vorwärts; sie hat sich so ziemlich über das ganze Land verbreitet und die Tagelöhnergewerkschaft soll über 100,000, nach anderen sogar über 200,000 Mitglieder zählen. Der regste, ja, einzige Feind, den diese Bewegung hat, sind die Führer, welche sich ihr anzudrängen suchen: „liberale“ Bourgeois und philanthropische Pfaffen und Aristokraten. Auf einem vor Kurzem in London abgehaltenen Meeting, dem anfangs der Lordmayor (Bürgermeister) von London, und hernach — als nämlich ersterer in Folge der Anwesenheit des „republikanischen“ Lord Dillie das Hasenpanier ergriffen hatte — der Parlamentschwärzer Morley präsidirte, und der Erzbischof Manning seine christlichen Segen erteilte, wurden sehr verschwommene Resolutionen gefaßt — nicht Fleisch und nicht Fisch. Wir werden Gelegenheiten haben, uns des Näheren über die englische Landarbeiterbewegung anzusprechen, die auf die bevorstehenden politischen Kämpfe des englischen Proletariats von höchstem Einfluß sein muß — falls es nämlich den vornehmen Herren Protektoren nicht gelingt, sie zu entmannen, oder gar in der Wiege zu erdrosseln. Nicht als ob wir an die Möglichkeit glaubten, das englische Landproletariat auf immer niederzuhalten — ebenso gut ließe sich der sozialdemokratische Gedanke androtten — was aber diese bestimmte, von Herrn Arch geleitete Bewegung angeht, so sind wir unserer Sache noch keineswegs sicher.

„Paragraph Vier.“

Das „Haftpflichtgesetz“, welches „der erste deutsche Reichstag“ den deutschen Arbeitern zum Geschenk machte, war den Vertretern der Bourgeoisie bekanntlich in seiner ursprünglichen Fassung noch zu „arbeiterfreundlich“ und Herr Poser schob den famosen „§ 4“ ein, welcher den Arbeitgebern die Mittel und Wege an die Hand gab, die Haftpflicht von sich abzuschütteln, und die etwaigen Entschädigungen von den Arbeitern, d. h. den Beschädigten selbst zahlen zu lassen. In der Beilage der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 15. d. Mts. spricht sich ein Korrespondent „vom Mittelrhein“ darüber aus, wie folgt:

„Man erinnert sich wol noch der lebhaften Polemik im Reichstage und in der Presse, welche durch den Poserschen Zusatzparagraphen zum Haftpflichtgesetz hervorgerufen ward. Bekanntlich befragt dieser § 4, daß ein Beitrag des Arbeitgebers von mindestens einem Drittel zu einer Arbeiterhilfskasse denselben berechtigen soll, die Leistungen dieser Kasse auf etwaige Haftpflichtfälle mit einzurechnen. Wir haben uns damals mit aller Entschiedenheit gegen diesen Paragraphen ausgesprochen, welcher auf Grund einer sehr zweifelhaften und vielleicht nur den natürlichen Rechtsverhältnissen entsprechenden Beitragsleistung zu Gunsten des haftpflichtigen Arbeitgebers über das Eigentum des Arbeiters verfügt und so mit der andern Hand wieder nimmt, was das Gesetz mit der einen gegeben. Die Entwicklung der Dinge gab uns auch alsbald insofern recht, als die industrielle Welt sich, anstatt einer Benützung des § 4, mit Eifer der Unfallversicherung zuwendete, und es ist charakteristisch, daß gerade die Leipziger Gesellschaft mit ihrer Versicherung nur der gesetzlich haftpflichtigen Unfälle so kostlose Erfolge erlangt, daß sie jetzt schon 3350 Etablissements mit 225,000 Arbeitern umfaßt und für den Schluß des gegenwärtigen Jahres so gut wie keine Abmeldungen erfolgt sind. Damit ist in der That der einzig richtige Weg betreten, wonach die Haftpflicht das Gebiet der Versicherung bildet, sonstige Unfälle und Vorkommnisse aber dem Hilfskassenwesen zufallen und bei letztem dann auch die Humanität des Arbeitgebers den erforderlichen Spielraum hat. Seitens vieler Arbeitgeber, ja seitens mehrerer rheinischer und westphälischer Knappschaftskassenverbände ist es auch ausdrücklich anerkannt worden, daß

von einer Benützung des Poserschen Drittelparagraphen abgesehen werden müsse, da derselbe eine große Unbilligkeit in sich schließt.

„Um so bedauerlicher ist es, daß sich trotzdem Arbeitgeber und Kassenverbände gefunden haben, welche und zwar zum Theil unter den ärgerlichsten Nebenumständen, jenen Paragraphen auszunutzen und mit seiner Hilfe die Haftpflicht von sich ab- und wieder auf die Arbeiter überzuwälzen suchen. Sobald die Sache nämlich praktisch in die Hand genommen werden soll, so springt es in die Augen, daß sie auf nichts anderes hinausläuft und daß die Posersche Idee, „durch die Gemeinsamkeit des Hilfskassenwesens ein Band der Gegenseitigkeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitern zu knüpfen“, eine Utopie ist. Wer ein solches Gegenseitigkeitsband knüpfen will, dem stehen hierfür Mittel und Wege genug zu Gebote; wer aber den § 4 des Haftpflichtgesetzes zur Anwendung bringt, der thut dies lediglich, um Gefahren, die aus der Natur seines Gewerbebetriebes fließen, in möglichst großem Umfange von den Arbeitern, statt von ihm selbst, tragen zu lassen.

„Mit trauriger Deutlichkeit ergibt sich dies aus zwei uns vorliegenden Kassen- und Kassenverbandsstatuten: denen des Brandenburger Knappschaftsvereins, umfaßt die brandenburgischen, pommerischen und niederlausitzer Bergwerke und Salinen mit dem Sitz in Guben, und denen der Friedrich-Wilhelms-Hütte bei Troisdorf (Sieg-Rheinischer Bergwerks- und Hüttenaktienverein). Die bezüglichen Bestimmungen beider Statuten sind so eigentümlicher Art, daß sie ein etwas näheres Eingehen verdienen.

„Der Brandenburgische Knappschaftsverein fügt denjenigen Paragraphen, welche die Krankenlöhne, die Invaliden- und die Witwenpensionen festsetzen, jeweils die Bestimmungen hinzu, daß, im Falle die gesetzliche Haftpflicht eintreten würde, alle diese Leistungen auf die Höhe des wirklichen durchschnittlichen Arbeitsverdienstes gebracht werden sollen. Das Lange und Kurze ist also, daß die Arbeiter sich für eine Gegenleistung, welche knapp 50 Prozent ihrer Beiträge (also das gesetzliche Eindrittel) ausmacht, den vollen Betrag der gesetzlichen Haftpflicht umzuliegen haben!

„Noch auffälliger tritt dieser Charakter der Sache bei dem Troisdorfer Statut hervor. Auch hier beträgt die Leistung der Werksehaftpflicht genau ein Drittel und sind dafür die Fälle gesetzlicher Haftpflicht einfach auf die Kasse übergewälzt, und zwar mit der ausdrücklichen dem Gesetze direkt widersprechenden Maßgabe, daß die Leistungen der Kasse keinesfalls mehr betragen dürfen als die gewöhnliche Unterstützung; es heißt jedoch weiter, daß die Kasse berechtigt sei, für die Fälle gesetzlicher Haftpflicht Versicherungsbeiträge abzuschließen, so daß eventuell die Prämien für Versicherung der im Gesetze den Unternehmern zugeschobenen Last nicht von diesen, sondern von der Kasse bezahlt werden! Ist das Billigkeit? Sollte man es nicht für das Allermindeste halten, daß zu vor Anhaltspunkte darüber gesammelt würden, wie sich denn eigentlich der Aufwand für die gesetzliche Haftpflicht zu demjenigen für sonstige Versicherungen verhält? Ganz zu geschweigen des wohl zu berücksichtigenden Gesichtspunktes, ob nicht ein gewisser Beitrag der Unternehmer zu den Arbeiterhilfskassen an sich schon ein Gebot der Billigkeit ist und nicht selten ein Gebot des strengen Rechtes sein sollte!

„Auch über den sonstigen Inhalt der erwähnten Statuten ließe sich manches, doch wenig Lobenswerthes sagen: wir finden da sehr viele Bestimmungen über Ansammlung großer Reservefonds, über etwaige Herabsetzung der Leistungen und Erhöhung der Beiträge, sehr wenige aber eine entsprechende Anteilnahme der Arbeiter an der Verwaltung und über ein gesichertes Rechtsverhältnis derselben. Der Brandenburger Verband macht einen schwachen Versuch, auf dem Wege von „Urlaubsbewilligungen“ einigermaßen die Freiwilligkeit der Arbeiter zu wahren, während dieselben im Rheinland-Westphalen schon durch ausgedehnte Cartelloverträge und zum Theil außerdem durch eine coutante Recognitionseinrichtung sichergestellt ist; das Troisdorfer Statut hat kurzweg die alte wahrhaft barbarische und jedem Rechtsgefühl im Gesicht schlagende Bestimmung, daß mit dem Ausscheiden eines Arbeiters (also auch mit dessen Entlassung) alle seine Ansprüche an die Kasse erlöschen sind. Was wäre viel dagegen einzunehmen, wenn die Unternehmer durch eigene freie Versicherung ihrer Arbeiter auch gegen nicht haftpflichtige Unfälle, gegen Invalidität etc., wie sie jetzt bei der von der Leipziger Bank gegründeten Zweiganstalt auf feste Kapitalsumme und auf Renten stattdessen machen, ihre Arbeiter an das Geschäft zu fesseln suchten? Sie aber fesseln durch Beiträge, die hauptsächlich von den Arbeitern selbst geleistet werden müssen, während der Unternehmerbeitrag vielleicht bei weitem nicht ausreicht, um auch nur die Mehrbelastung durch die gesetzliche Haftpflicht zu tragen — das ist ein absonderlicher Beitrag zur Lösung der Arbeiterfrage! Es hat nicht viel auf sich, wenn einzelne Arbeitgeber für ihre kleinen Spezialkassen dergleichen Festsetzungen treffen, wie dies allerdings schon vordem vorgekommen ist. Wenn aber große, einflussreiche Etablissements oder Verbände solche grobe Verstöße gegen Recht und Billigkeit begehen, dann ist es Zeit, daß die öffentliche Meinung sich wieder einmal ernstlich mit diesen Dingen befaßt.“

Dies der Artikel der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“. Derselbe urtheilt über den berüchtigten Poserschen „Paragraph 4“ genau so wie wir; freilich nicht aus denselben Beweggründen: Wie aus der freundlichen Weise erhellt, in welcher sich der Verfasser über die Unfallversicherung ausspricht, ist er weit davon entfernt, den Arbeiter als einen vollberechtigten, dem Arbeitgeber gleichstehenden Menschen zu betrachten; denn diese Unfallversicherung stellt den Arbeiter auf eine Stufe mit dem Vieh, und macht es dem Kapitalisten möglich, für einen Pappenstiel Leben, Gesundheit und Knochen „seines“ Arbeiters zu zertrümmern; und ist ebenso gut eine „Umgehung“ der Haftpflicht, wie jener „§ 4“, wenn auch keine ganz so schamlose. Indes ist der Artikel immerhin ein Beweis dafür, daß man in den Reihen der Bourgeoisie das Bedürfnis einer weniger frivolten Behandlung der sozialen Frage zu empfinden beginnt. Was die in dem Artikel erwähnte und indirekt empfohlene Lebensversicherung der Arbeiter durch die Arbeitgeber angeht, so haben wir diesen philanthropischen Schwindel bereits gebührend kritisiert.

Was endlich die in dem Artikel gerügte „barbarische und jedem Rechtsgefühl im Gesicht schlagende“ Bestimmung des Troisdorfer Statuts betrifft, daß nämlich durch den Austritt, resp. die Entlassung eines Arbeiters dessen Ansprüche an die Knappschaftskasse erlöschen, so findet sich diese Bestimmung in allen sächsischen, und so viel wir wissen, auch preussischen Knappschaftsordnungen, und außerdem in vielen sonstigen Kassen, z. B. denen der Pflanzlichen Maschinenfabrik.

Gewerkschaftliches.

Internationale Gewerkschaft der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter.

Aus Göttingen schreibt man uns bezüglich unserer Gewerkschaft, daß sich dort, wie verschiedentlich anderwärts, einige Aengstlichkeit

der Arbeiter gegenüber unseren Bestrebungen zeige, und daß nicht bloß die Unklarheit der Leute, sondern besonders auch die Intriguen der Fabrikanten schuld tragen, die sich vor der gewerkschaftlichen Verbindung ihrer Arbeiter gewaltig fürchten. Besonders hat es der Fabrikant Ottenheimer von allem Anfang an ganz schlaue betrieben, indem er jeden seiner Landweber einzeln ins Gebet nahm, ob er auch wol unserem „Strikereverein“ angehöre. Außerdem versäumen diese Schacherherren kein Mittel, uns lahmzulegen, und da kommt ihnen der schlechte Geschäftsgang besonders zu Passen. Die Landweber, deren wir eine namhafte Mitgliederzahl hatten, haben sich auch richtig einschüchtern lassen, und unsere Kernmannschaften, aus Tuchmachern und einigen Korsettwebern bestehend, werden tüchtig zu thun haben, die verstrengten Vermögensgenossen vom Lande wieder zum Stehen zu bringen. Indes haben auch sie es jetzt in bösen Händen, da die Tuchmacher fast ohne Ausnahme nur arbeiten dürfen so lange es Tag ist, und daher das Nothwendigste kaum verdienen! — Dies besonders müßte allen Arbeitern unserer Branchen deutlich machen, daß die Herren Ottenheimer und verwandte Profitmacher zur Zeit, wo das Geschäft nicht geht, so wenig als die Tuchfabrikanten, dem Arbeiter zu Gefallen arbeiten lassen, wenn aber zu thun ist, so werden diese Herren stets bereit sein, ob Einer in der Gewerkschaft ist oder nicht, sich von seiner Arbeit fett zu machen. Das merkt Euch, ihr Weber vom Lande, daß ihr von einem Ottenheimer nicht einen Schlag mehr zu thun kriegt, ob ihr ihm auf die Nase bindet, was ihn nichts angeht, oder ob ihr ihm zu Liebe Eure Brüder verlastet. Kann der Herr profitiren, so thut er's an Jedem, dessen Haut zu Markt gebracht wird, und gegen diese Wirthschaft kann nur in der Gewerkschaft angekam pftwerden. Also laßt Euch nicht ins Bockshorn jagen und haltet mit uns aus! —

Erimmischau, 19. Dezember 1872.

Die Vorortverwaltung.

Internationale Gewerkschaft der Schuhmacher.

Pforzheim. 16. Dez. Auch hier fühlten sich die Kollegen veranlaßt, einen Verein zu gründen und zählt derselbe schon 56 Mitglieder. Gewählt wurden Dittus als Vorsitzender, Hörnle als Kassirer, Kiesel als Schriftführer. Auch ein Arbeitsnachweis-Bureau haben wir gegründet. Daß in unserem Gewerke etwas geschaffen werden muß, darüber ist sich jeder einzelne klar, namentlich in Bezug auf einen Normal-Arbeitstag. Ich will mich nicht damit befassen, die Lage der Schuhmacher zu schildern, denn ein Jeder wird seine Lage selber genug kennen. Sehr zu wünschen ist es aber, daß es eine Vereinigung bei beiden Fraktionen der Schuhmacher zu Stande kommt, denn ohne Einigkeit kann nichts erreicht werden. Daß wir andern Gewerken weit nachstehen, das ist unbestreitbar, und es ist nicht selten, daß mitunter tüchtige Arbeiter, ja sogar auch Kleinmeister ihr Geschäft im Stich lassen, und in einer Bijouteriefabrik Beschäftigung nehmen.

Darum, Kollegen allerorts, judet durch Einigkeit unsere Lage zu verbessern! Wir in Pforzheim werden unser Möglichstes dazu beitragen.

Mit kollegialischem Gruß

Jakob Dittus, Vorsitzender, Dillsteinerstraße Nr. 256, wohin auch alle Anfragen zu richten sind. Ebendasselbst befindet sich auch das Arbeitsnachweis-Bureau. Wanderunterstützung bei Kassirer Hörnle, Lammstraße 21.

Correspondenzen.

Glauchau. 15. Dez. Bei den hiesigen Stadtverordneten-Ergänzungsahlen sind nach hiezigem Kampfe sämtliche von unserer Seite aufgestellten Kandidaten gewählt worden. Im Ganzen wurden 1004 Stimmzettel abgegeben, darunter die größere Hälfte von Anhängern; die Kandidaten der Gegenpartei hatten nur 300 Stimmen oder noch weniger. Es herrschte bei den diesmaligen Wahlen fast mehr Leben, als zur Zeit der Urwahlen.

Aalen. Am Sonntag den 15. Dezember wurden die hiesigen Parteigenossen durch den Besuch einer bedeutenden Anzahl Freunde aus Schwäbisch-Gmünd erfreut, welche durch belehrende, ernst vorzutragende, erhebende Gesänge und heitere Deklamationen die Stunden ihres Hierseins und aufs Angenehmste in das Gedächtniß prägten. Die Harmonie bei Ernst und Scherz gab den Beweis, daß die Parteigenossen in Gmünd innig vereint unserem hohen Ziele nachstreben und ist dies die sicherste Gewähr für die stetige Zunahme an Freunden und Genossen, weshalb dieser Akt für hiesigen Platz gewiß eine erspriehliche gute Wirkung haben wird.

Vollshappel. Eine Arbeiterversammlung, die kürzlich dahier stattfand, gab wiederum Gelegenheit, Beweis davon zu nehmen, daß man auf alle mögliche Art es zu hintertreiben sucht, daß sich die Arbeiter versammeln. So hatte der Wirth des Gasthauses „Zum goldenen Löwen“ noch in letzter Stunde erklärt, daß er den Saal zur Versammlung nicht hergäbe, trotzdem er der Einberufer die schriftliche Einwilligung darüber schon ausgestellt hatte; wenn er schließlich von seiner Weigerung abließ, so kann er nur dem Umstande zugeschrieben werden, daß bereits das untere Gastzimmer von Personen, welche zur Versammlung kamen, die gefüllt war, welche verlangten, daß er den Saal öffne. Die Tagesordnung lautete: „Die Arbeiterbewegung und die Presse.“ — Vor Beginn der Versammlung ließ sich der amfokente Herr Assessor Starke die Versicherung geben, daß sie keine Fortsetzung der hier aufgelösten „internationalen Manufakturarbeitergewerkschaft“ sei und von dieser auch nicht gesprochen werden dürfe. Däschner aus Dresden war als Referent erschienen. Nachdem er längere Zeit unter großer Aufmerksamkeit der Anwesenden gesprochen, auch den heutigen Staat in Erwähnung gebracht, sagte er, daß dieser Staat auf keinen sittlichen Grundlagen beruhet. Hierauf unterbrach ihn der Herr Assessor, um dem Redner das Wort zu entziehen. Nach längerem Hin- und Herreden zwischen dem Vorsitzenden Krause und dem überwachenden Beamten verlangte Däschner, daß man ihm zur Interpretation des vorhin gesprochenen das Wort gestatte, was ihm auch gewährt wurde. Nachdem der Redner genügend auseinander setzte, wer der heutige Staat sei, giebt sich der Herr Assessor zufrieden und „erlaubt“ dem Redner fortzufahren, doch nicht lange darnach entzieht er ihm wieder das Wort, weil Däschner sich erlaubte, zu sagen, daß der überwachende Beamte nicht das Recht habe, den Redner zu unterbrechen, sondern daß er sich in solchen Fällen an den Vorsitzenden zu wenden habe. Hierauf sprach Müller, indem er aufforderte, den Gewerkschaften beizutreten; dies hatte zur Folge, daß ihm ebenfalls das Wort entzogen wurde. Nach einigen Rednern ergreift Däschner wieder das Wort und spricht über die Presse, geißelt in scharfen Worten die Gesinnungslosigkeit, Bestechlichkeit und Unwissenheit derselben und fordert zum Schlusse auf, die Schrift und Blätter der sozialdemokratischen Arbeiterpartei zu lesen. Die auf wird beschlossen, nächstens wieder eine Versammlung abzu-

Ainzig, 16. Dez. Demokratische Landtagswahl. Seit 1866 haben unsere hiesigen national-liberalen Fortschrittler ihre Stimmen-Majorität, mit nur Einer Ausnahme, bei allen Wahlen von vornherein in der Tasche gehabt. Es scheint, ihr Schwindel hat schon stark entmüthert; denn dieselben sind bei den jüngsten Wahlen, die die letzten Tage stattfanden, der demokratischen Partei hier stark unterlegen. Das Landvotum wird hoffentlich auch bald eine Schwenkung nach links machen.

Wiesbaden. Hier scheint das Verfahren, die Parteigenossen zu maßregeln, von Seiten des Herrn Polizei-Direktors v. Strauß auch Eingang zu finden. Vor einiger Zeit wollte der Genannte gegen mich eine Untersuchung wegen Uebertretung des § 13 des Vereins- und Versammlungsgesetzes einleiten. Nach demselben ist der Leiter eines Vereins verpflichtet, eine Mitgliederliste einzureichen; die Einreichung wurde auch von mir, sowie von meinem Vorgänger verlangt, aber diesem Verlangen wurde selbstverständlich nicht Folge geleistet, da wir keinen Verein, sondern eine Partei bilden. Es wurde ihm schriftlich dasselbe mitgeteilt und hinzugefügt, daß wir uns nur auf Grund des Versammlungsgesetzes jeden Montag versammelten und jede Versammlung besonders anzeigen. Herr Polizei-Direktor von Strauß wandte sich darauf an die hiesige königliche Staatsanwaltschaft zur Einleitung einer Untersuchung resp. Verurteilung. Der Herr Staatsanwalt aber erklärte dem Herrn Polizei-Direktor rundweg, daß er keine Untersuchung einleiten könne wegen Mangel an Material; wir seien kein Verein und versammelten uns nur auf Grund des Versammlungsgesetzes; so lange wir uns auf gesetzlichem Boden bewegten, seien wir nicht strafbar. Diese ganz richtige Erklärung behagte dem Herrn Polizei-Direktor natürlich nicht und wir bekamen noch keine Allmacht zu fühlen.

Am 4. November laufenden Jahres hielten wir im Schwalbacher Hof eine Volksversammlung ab, wobei zur Deckung der entstandenen Unkosten zwei Mitglieder, Roth und Jedel, beantragt wurden, an der Saalthele mit einem Teller sich zur Entgegennahme von freiwilligen Beiträgen zu postieren. Jedel ist mittlerweile zum Militär eingezogen worden. Dermalen ist nun Roth von der Polizei-Anwaltschaft auf Antrag des Herrn Polizei-Direktors von Strauß wegen unerlaubten Kollektirens in der benannten Versammlung mit einem Thaler bestraft und zur Bezahlung der Unkosten mit 6 Silbergroschen verurtheilt worden. In einer jeden Versammlung der Fortschrittspartei, wie überhaupt in öffentlichen Vorlesungen, deren hier viele gehalten werden, werden Teller zur freiwilligen Beiträgen aufgestellt, warum tritt hier keine Strafe ein? Wenn das Kollektiren verboten ist, warum hat der in der Versammlung anwesende Polizei-Sekretair es nicht unterjagt? Wir wollen die dem Roth auferlegte Strafe bezahlen und keinen Rekurs ergreifen; aber für die Zukunft werden wir auf andere Weise kollektiren, und sollten wir wieder bestraft werden, dann werden wir unser Recht höheren Orts suchen. Ph. E.

Gesessendorf, 14. Dezbr. Erklärung und Uebertritt. Seit 1865 besteht hier eine Mitgliedschaft des Lassalle'schen Allgemeinen deutschen Arbeitervereins. Da nun aber das Präsidium (Meude) aufgehört hat zu sein, so entstand die Frage, welcher von den beiden bestehenden Fraktionen wir uns anzuschließen hätten, ob dem Allgemeinen deutschen Arbeiterverein oder der sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Anfanglich war die große Majorität für Anknüpfung an den Schweizer-Hajenleverschen Verein, da die Ansicht vorherrschte, daß die Lassalle'sche Organisation in dem genannten Verein am reinsten erhalten sei. Doch es durfte nicht übersehen werden; das Hirn und Wider mußte erwogen werden, wie es denkenden Menschen ziemt. Wir beschloßen daher, den „Neuen Sozialdemokrat“ und den „Volksstaat“ eine Zeit lang zu studiren, um uns dann um so rückhaltloser der einen oder der andern reaktion anzuschließen zu können. Und wir fanden, daß der „Volksstaat“ stets auf die Versöhnung beider Fraktionen hinarbeitete, während der „Neue Sozialdemokrat“ im Gegentheil die Versöhnung von sich wies. Da aber die Arbeiter hier wie auch an andern Orten instinktiv fühlen, daß sie zerrissen und zersplittert nicht, vereinigt aber Alles sind, so beschloßen wir in der Mitglieder-Versammlung am 30. November einstimmig, uns der sozialdemokratischen Arbeiter-Partei anzuschließen. Es wurde in der Versammlung noch hervorgehoben, daß es unverantwortlich sei, sollte man eine Partei noch stärken helfen, welche augenscheinlich dazu bestimmt ist, die Zerrissenheit der deutschen Arbeiter zu verewigen.

Arbeiter Deutschlands! Macht es alle so, wie wir es gemacht haben. Beset die Organe beider Fraktionen, vergleicht sie mit einander ohne Vorurtheil, und Ihr werdet bald herausfinden, auf welcher Seite die Beseitigung des die Arbeiterbewegung schädigenden Zwiespalts angestrebt wird. Nun ist es zwar wahr, daß die Insichten hinsichtlich des Weges, welcher zu wandeln sei, um besten an das Ziel zu gelangen, verschiedene sind, doch darin sind wir doch hoffentlich alle einig, daß wir unsere ganze Kraft vereinigen, „auf einen Punkt konzentriren müssen“, wie Lassalle sagt, wenn wir etwas erreichen wollen. Darum erstrebt vor den Dingen die Vereinigung der beiden Fraktionen der deutschen Sozialdemokratie; haltet allerorts Mitglieder-Versammlungen ab, in diesem Zwecke, und zeigt jenen Männern, die Ihr zu Euren Führern habt, daß Ihr es ernst meint mit der Vereinigung. Zeigt ihnen, daß Ihr nothigenfalls ohne sie fertig zu werden versteht; sagt ihnen, daß Ihr nicht länger zum Gespött der Gegner dienen wollt, die sich ins Häufchen lachen ob unsrer Zerrissenheit. Ruft ihnen zu das inhaltschwere Wort — und Ihr besitzt die Macht zu thun, wenn Ihr nur den Willen habt, sie zu gebrauchen — ist ihnen zu das inhaltschwere Wort: Es ist genug.

Und was ist es denn, das uns verhindert einig zu sein? Ergeben wir denn nicht Alle das gleiche Ziel: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit? Erstreben wir nicht Alle durch die Abschaffung des Ausbeutungssystems die Beseitigung aller Klassen-rechtschaft? Und wenn unsere Forderungen dieselben sind, sind denn die Mittel und Wege, um diese Forderungen zu verwirklichen, in der That so himmelweit verschieden, daß wir nicht Hand in Hand gehen könnten? Was hindert uns denn, uns auf einem Kongress ein gemeinsames Programm zu geben? Aber nur an uns liegt die Schuld; wenn wir wollen, muß es geschehen. Vorwärts denn! Es be die Einigkeit der deutschen Sozialdemokratie! Tod und Verberben allen Denen, welche die Einigkeit noch länger zu hinterzücken und uns auseinander zu halten suchen. Zeigt, daß Ihr Männer seid; daß Ihr wisst was Ihr wollt und daß Ihr das uete wollt. Euer Interesse erheischt die Einigkeit — wahr! Euer Interesse. — Wer nicht für uns ist, der ist wider uns.

Mit sozialdemokratischem Gruß
F. Harmo. A. Kahl. Joh. Saly, Schriftführer

Wensheim, 21. Dezbr. Heute wurde der Agitator des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, Karl Frohne, aus einer mehr-

und beabsichtigt derselbe eine Agitation an der Verggasse. Leipzig, 20. Dez. So wenig die Rüge das Mäusen, kann der „Neue Sozialdemokrat“ das Lügen lassen. In seiner Nr. 147 schreibt er: „Der Berliner Großfabrikant Spindler, welcher seine Arbeiter, wie wir neulich mittheilten, behandelt und vor einiger Zeit einen solchen maßregelte, weil er Mitglied des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins war und den „Neuen Sozialdemokrat“ verbreitete, hat z. B. für Bebel's Neuwahl kürzlich 200 Thaler gegeben. Er fürchtete einen Strike in seiner Fabrik und ist dankbar dafür, daß Bebel gegen den Berliner Arbeiterbund agitirte.“ Daran folgendes zur Einsegnung:

1) Bebel hat vor länger als einem Jahre in einer Berliner Arbeiter-Versammlung öffentlich erklärt: die Organisation des Arbeiterbundes taue nichts, weil sie nur eine lokale Organisation und nur für Strikes berechnet sei; er rieth aber gleichwohl seinen Parteigenossen, sich bei der Ordlung zu betheiligen, um die Organisation wo möglich zu verbessern. Der Arbeiterbund ist, wie Bebel richtig vorausgesagt, heute in Folge seiner faulen Organisation als todt anzusehen. Dafür macht nun der „Neue Sozialdemokrat“ Bebel verantwortlich, er habe dagegen „agitirt“ und Fabrikanten wie Herr Spindler müßten ihn dafür belohnen. Der „Neue Sozialdemokrat“ sagt, folglich ist es wahr.

2) hat Herr Spindler nicht 200 Thaler, wie der „Neue Sozialdemokrat“ behauptet, sondern 100 Thaler für Bebel's Wiederwahl gesteuert, was im Grunde gleich bleibt, denn die Summe thut nichts zur Sache. Jeder Vernünftige würde sich darüber freuen, denn es zeigt, daß ausnahmsweise auch ein Großfabrikant und Bourgeois so gut wie der Jude Lassalle Sympathien für die Arbeiterbestrebungen haben und sie unterstützen kann. In den Augen des „Neuen Sozialdemokrat“ aber, der nur auf die „schwierige Bruderfaust und Tölke's Knüttel“ schwört, ist das natürlich ein Kapitalverbrechen und muß gebührend gebrandmarkt werden.

3) Ob ein Mitglied des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins wirklich aus dem vom „Neuen Sozialdemokrat“ angegebenen Grunde in der Spindler'schen Fabrik gemäßigert wurde, wissen wir nicht. Wir müssen aber konstatiren, daß das Mitglied der Firma W. Spindler, das obige 100 Thaler zum Bebel'schen Wahlfond gab, Herr William Spindler, seit vielen Monaten schwer krank ist und in der Schweiz weilt; dieser ist sicher an einem solchen Akte unschuldig, vorausgesetzt, daß er überhaupt wahr ist.

Da aber 4) der „Neue Sozialdemokrat“ auch behauptet, es habe in der Spindler'schen Fabrik ein Strike gedroht, den Bebel, weil er den Berliner Arbeiterbund vernichtet, unmöglich gemacht, (wie diese vom „Neuen Sozialdemokrat“ anerkannte That Bebel in Hubertusburg freuen mag?) wollen wir noch anführen, daß unser Wissen in der Spindler'schen Fabrik so hohe Löhne wie in keinem anderen Geschäft ähnlicher Branche gezahlt werden. Mit dieser Ansage begehen wir wahrscheinlich in den Augen des „Neuen“ abermals ein Kapitalverbrechen. Allein wir müssen der Wahrheit die Ehre geben auf die Gefahr hin, daß der „Neue“ von neuem lägt und schimpft. Thu' Dir keinen Zwang an, Freund. F. K.

Den Parteigenossen empfehlen wir folgende Organe zur Verbreitung:

- „Braunschweiger Volksfreund“, erscheint die Woche 6 Mal, kostet per Quartal durch die Post bezogen 15 Sgr. — 52 1/2 kr. südd. W. Verantwortlicher Redakteur V. Becker.
- „Chemnitzer freie Presse“, erscheint wöchentlich sechsmal, kostet per Post 15 Sgr. — 52 1/2 kr. südd. W. Verantwortlicher Redakteur: G. A. Geilhof.
- „Erimtschauer Bürger- und Bauernfreund“, erscheint wöchentlich sechsmal. Preis per Quartal 12 1/2 Sgr. — 44 kr. südd. W. Redakteur Gustav Kwasiemsky.
- „Dresdner Volksbote“, erscheint wöchentlich sechsmal; kostet per Quartal 21 Sgr. — 1 fl. 17 kr. südd. W. Redakteure: Otto-Walster und Theodor Dachsner.
- „Fürther Demokratisches Wochenblatt“, erscheint wöchentlich einmal, Preis per Post 6 1/2 Sgr. — 22 1/2 kr. südd. W. Redakteur: Anton Remminger.
- „Demokratische Blätter“, erscheinen in Königsberg i. Pr. alle 5 Wochen 1 Heft, 2 Bogen stark; kosten per Post das Halbjahr 15 Sgr. — 52 1/2 kr. südd. W. Redakteur: S. Kokosch.
- „Demokratische Zeitung“, erscheint in Berlin wöchentlich sechsmal; kostet per Quartal 1 Thlr. 10 Sgr. — 2 fl. 20 kr. südd. W. Redakteur: C. Lübeck.
- „Der Volkswille“, Organ der österreichischen Arbeiterpartei in Oesterreich, erscheint in Wien wöchentlich zweimal. Expedition: Wieden, Hauptstraße 63, Wien. Preis: 22 Sgr. — 1 fl. 24 kr. südd. W. Redakteur: Gehrle.
- „Das Felleisen“, Organ der deutschen Arbeiterbildungsvereine in der Schweiz, erscheint alle 14 Tage einmal in Zürich. Preis per Quartal 14 Sgr. — 48 kr. südd. W.
- „Die Tagewacht“, Organ der sozialdemokratischen Partei und der internationalen Gewerkschaften in der Schweiz; erscheint wöchentlich einmal in Zürich. Preis per Quartal 7 1/2 Sgr. — 27 kr. südd. W. Redakteur: H. Greulich.
- „L'egalité“, Organ der Internationalen Arbeiter-Association in der französischen Schweiz, erscheint in Genf monatlich einmal und kostet per Jahr 1 Thlr. 10 Sgr. — 2 fl. 20 kr. südd. W.
- „L'Internationale“, Organ der belgischen Sektionen der Internationalen Arbeiter-Association, erscheint alle Sonnabende in Brüssel, Preis per Jahr 1 Thlr. 18 Gr. — 2 fl. 48 kr. südd. W.
- „La Emancipacion“, Organ der Internationalen Arbeiter-Association in Spanien, erscheint jede Woche einmal in Madrid, San Pedro 16, III.
- „La Plebe“, Organ der Internationalen Arbeiter-Association in Italien, erscheint in Vodi. [2a]

Bekanntmachung.

Vom „Volksstaatskalender“

ist die zweite Auflage vollständig vergriffen. Diejenigen Filialen und Kolporteurs, welche überzählige Exemplare haben sollten, werden ersucht, solche sofort einzusenden, damit von den noch zahlreich vorhandenen Bestellungen einige effulnirt werden können.

Auch werden die Filialexpeditoren zc. ersucht, schleunigst anzugeben, auf welchen Absatz sie noch fest rechnen können, um allenfalls bis nach Neujahr noch eine dritte Auflage bewerkstelligen zu lassen. Diejenigen Besteller von Volksstaatskalendern, welche leider die gewünschten Exemplare vorerst nicht mehr erhalten, werden um gütige Rücksicht gebeten, da bei schon vorgerückter Zeit auf so großen Bedarf nicht gerechnet wurde.

Leipzig, 17. Dezember 1872.
Die Buchhandlung des „Volksstaat“.

1) In der Gegend für Schriften 11 Ngr. — 33 in Gießen für Schriften 2 Thlr. 6 Ngr., für B. St. 20 Ngr. — Adtenheiser in Korbhausen für Schriften 2 Thlr. 15 Ngr. 5 Pf., für Annonce 18 Ngr. — Jollinger in Heddensheim: In Ihrem Interesse werden Sie ersucht, sich mit Jean Vello in Neu-Heudorf baldmöglichst auseinander zu setzen. R. in Meran für Abonnement 1. Quartal 1 Thlr. — Garbill in Niederlindhart für Schriften 6 Ngr. — D. Meude in Berlin für Schriften 2 Thlr. — Grimm in Frankfurt für Schriften 7 Thlr. 24 Ngr. 1 Pf. Saly in Waldsich für Schriften 1 Thlr.

Anzeigen zc.

Dresden. Bekanntschaft. Alle Parteigenossen und Freunde unserer Bestrebungen in denjenigen Orten, Städten zc., wo Volksversammlungen stattfinden sollen, werden ersucht, sich zu diesem Behufe in Bezug der Referenten u. s. w. an Bürger Joh. Klemp, Wiesenbockstraße 16, 4. Et. zu wenden. Das Agitations-Comité.

Esslingen. Nächsten Sonntag Abend Zusammenkunft bei Dettle, Löwenwirth.

Leipzig. Einladung zum Weihnachtsfest der Schuhmacher, verbunden mit Tanz, welches Freitag, den 3. Feiertag, in der Gesellschaftsballe (Mittelstraße Nr. 4) stattfindet, wozu alle Kollegen und Freunde freundlichst eingeladen werden. Anfang 7 Uhr. Das Fest-Comité.

Leipzig. Sozialdemokratischer Arbeiterverein. Freitag, den 27. Dezember, Abends punkt 8 Uhr, bei Zeidler, große Windmühlstraße 7. Tagesordnung: Sozialpolitischer Wochenbericht. Referent Stelzer. Fragelasten. Gäste willkommen. Der Vorstand.

Spandau. Anzeige. Gesellige Zusammenkunft, verbunden mit belamatorischen Beiträgen bei Witte, Schönwalderstraße 6. Auch steht ein Pianoforte nebst Spieler zur Verfügung. — Parteigenossen und Mitglieder des Arbeiterbildungsvereins nebst Frauen laßt ergeßni ein. Gäste können eingeführt werden. Das Comité.

Wiesbaden. Vom 1. Januar an befindet sich bei Herrn Phil. Engelhard, Ludwigstraße 7 eine Filialexpedition des „Volksstaat“. Derselbe nimmt auch Monatsabonnements und Bestellungen auf Schriften entgegen. †

Zur Antwort bezüglich Webstuhls der Zeit. Die poetische Aber ist mir glücklicher Weise noch nicht ausgegangen und für den „Webstuhl der Zeit“ würde dies auch gar keine Bedeutung haben, da dieser Roman längst vollendet ist. Die Ursache der Verzögerung lag lediglich in materiellen Hindernissen, die nun beseitigt sind. A. Otto-Walster.

Soeben erschien:

Es werde Licht.

Poesien von Leopold Jacoby. Zweite Auflage. Ladenpreis für das Einzel Exemplar 16 Sgr. Bei 12 Exemplaren wird für diese Auflage der Verkaufspreis auf 5 Sgr. pro Exemplar ermäßigt. J. E. Olfen, Berlin, Louisestraße 45.

Die Frankfurter Zeitung

(Auflage 14,000 Exemplare) hat unter allen Frankfurter Blättern die größte Verbreitung. Sie ist daher zu Inseraten ganz besonders geeignet. Die Zeitzeile wird mit 9 kr. = 2 1/2 Sgr. berechnet. Die Annahme der Inserate erfolgt (außer bei den bekannten Annoncen-Agenturen) bei der

Expedition der Frankfurter Zeitung.

Eichengraber Gasse 31 in Frankfurt am Main. Der Abonnementspreis beträgt pro Quartal: In Frankfurt fl. 3. 45 kr., in Preußen fl. 4. 4 kr. oder 2 Thlr. 10 Sgr., im deutschen Reich (excl. Preußen), Elsaß und Deutsch-Lothringen, Luxemburg, der Schweiz und Oesterreich fl. 3. 20 kr. oder 1 Thlr. 27 1/2 Sgr. Man abonniert bei allen Postämtern. (2a)

Durch die Buchhandlung des „Volksstaat“ ist zu beziehen: Der Zeitgeist. Eine Skizze von E. K. Preis per Stück 2 1/2 Ngr. ferner:

Der Parteikampf zwischen den Sozialisten in Deutschland von Joh. Bahlsch. Preis 1 1/2 Ngr.

Soeben erschienen und ist durch die Buchhandlung des „Volksstaat“ zu beziehen:

Mary, Kapital, Pflanzung 5 u. 6. Preis der Pflanzung 10 Gr. Protokoll des Mainzer Congresses. Preis pro Stück 2 1/2 Gr.

Filialexpeditionen

befinden sich: für Plogwitz, Lindenau und Umgegend bei Herrn Uhrmacher Reinhard in Lindenau; für Mendth, Alt- und Neuschönfeld, Volkmarisdorf, Thonberg zc. bei Herrn Stelzer, Kapellengasse in Reudnitz; für Klein- und Großschöcher, Schleusig bei Herrn Karl Fleischer, Nr. 87 in Kleinschöcher; für Connewitz und Umgegend bei Herrn Teubert, Vorna'sche Straße 197 in Connewitz.

Die Filialexpeditionen

werden nach § 4 des Reglements ersucht, die Abonnementsbeträge bis 1. Januar l. Js. einzusenden. Der Erlös aus verkauften Kalendern und sonstigen Schriften ist ebenfalls bis längstens 1. Januar 1873 einzusenden.

Die Expedition des „Volksstaat“.

Genossenschaftsbuchdruckerei: Anteilsscheine bez. Anteilantittungen erhalten ferner in Frankfurt a. M.: G. Dps. Thlr. 1, in Erfurt E. Kl. 5, F. Kl. 1, J. Kl. 1, G. Kl. 1, in Schwab.-Gmünd B. Dr. 4, S. Dr. 2, B. 1, Ky. 1, Kl. 1, Sgr. 1. Hadlich, Kaffler.

Anteilsscheine werden in Hamburg nicht mehr ausgehellt. Alles mit der Druckerei Zusammenhängende ist durch den Vorstand in Leipzig, Beiberstraße 44 zu regeln. H. Bennelt.

Leipzig: Verantw. Redakteur R. Seiffert. (Redaktion und Expedition Gobestr. 4.) Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei.